

caritas in NRW AKTUELL

INFODIENST DER DIÖZESAN-CARITASVERBÄNDE AACHEN, ESSEN, KÖLN, MÜNSTER UND PADERBORN



CARITAS-KAMPAGNE 2023

Für sozial gerechten Klimaschutz

„Die Bekämpfung der Klimakrise hat verbandlich und politisch Priorität“, erklärte Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa zum Start der Caritas-Kampagne „Für Klimaschutz, der allen nutzt“.

Die Klimakrise macht Arme noch ärmer, sie macht krank, sie verstärkt die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland und weltweit. Wer die Klimakrise bekämpft, be-

kämpft auch Armut“, sagte Welskop-Deffaa. Deshalb sei der Schutz des Klimas für die Caritas eine Aufgabe, die nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe. „Wir fordern von der Politik, dass sie konsequent und klug Rahmenbedingungen gestaltet, die sozial gerechten Klimaschutz umsetzbar machen“, so die Caritas-Präsidentin weiter.

Sozial gerecht heißt: Die, die am meisten zur Klimakrise beitragen, sind gefordert, den größten Einsparbeitrag zu leisten und CO₂-Emissionen zu drosseln. Reiche Menschen belasten durch ihren Lebensstil die Umwelt - und das, obwohl viele von ihnen ein hohes Klimabewusstsein haben. Das lässt sich ganz konkret in Zahlen messen. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verursachen 15-mal mehr Klimaschäden als die ärmsten zehn Prozent der Deutschen. Sozial gerecht heißt auch: Alle in Deutschland werden dazu befähigt, das Klima zu

schützen. „Die bisherige Klimapolitik hat eine soziale Schieflage. Menschen mit geringem Einkommen haben nichts von Subventionen für E-Autos, weil sie sich kein neues Auto leisten können. Sie profitieren aber sehr wohl von einem gut ausgebauten, günstigen ÖPNV“, so Welskop-Deffaa.

ÖPNV-Ausbau, Sanierung von Sozialwohnungen, Klimageld

Ein besserer und günstiger barrierefreier ÖPNV ist neben der energetischen Sanierung von Sozialwohnungen eine Kernforderung der Caritas-Kampagne. Darüber hinaus setzt sich die Caritas für ein Klimageld ein, also eine Rückzahlung der Einnahmen aus der Besteuerung von CO₂, die die Belastungen für die Einkommensärmeren kompensiert. Subventionen, die wie beim Dienstwagenprivileg fossile Energien begünstigen, müssen abgeschafft werden.

Jenny als Kampagnenfigur

Im Mittelpunkt der Kampagne steht Jenny. Diese fiktive Figur hat ein geringes Einkommen und würde von einem konsequent umgesetzten Klimaschutz sofort und nachhaltig profitieren. Jenny tut bereits selbst einiges, um das Klima zu schützen. Sei es nur dadurch, dass sie nie fliegt und in einer vergleichsweise kleinen Wohnung lebt. Um noch mehr für den Klimaschutz tun zu können, fordert Jenny gemeinsam mit der Caritas auf Plakaten zum Beispiel „Mehr Busse für weniger Geld“ sowie „Wärmedämmung auch für günstige Mietwohnungen“.

„Jenny bringt die Perspektive vieler Menschen ein, die wegen der Klimakrise besorgt in die Zukunft schauen und gleichzeitig Schwierigkeiten haben, bei steigenden Preisen heute ihren Alltag zu finanzieren“, sagte Diözesan-Caritasdirektorin Pia Stapel aus Münster. „Wir werden in diesem Jahr mit Jenny an vielen Orten im Bistum Münster unterwegs sein, um einzufordern, dass ihre Sorgen ernst genommen werden und dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet wird.“  www.caritas.de/klimaschutz

M. L. (MIT KNA)



AUSGABE
MÄRZ 2023

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

 caritas-nrw.de/nachrichten
 facebook.de/caritas_in_NRW
 redaktion@caritas-nrw.de

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Handlungsbedarf

Die CDU-Landtagsabgeordneten Vanessa Odermatt und Jochen Klenner sehen Handlungsbedarf beim geförderten Servicewohnen von älteren Menschen und im sozialen Wohnungsbau. Bei einem Besuch der umgebauten Lebenskirche in Rheydt ließen sie sich vom Mönchengladbacher Caritas-Vorsitzenden Dr. Christof Wellens (Foto, r.) und Geschäftsführer Frank Polixa (l.) über Baukosten, Fördersätze und bürokratische Hemmnisse informieren. Der Caritasverband müsse jedes Jahr einen fünfstelligen Betrag zuschießen, um dort die Baukosten für ein Seniorenzentrum mit einer Tagespflege und Servicewohnungen im sozialen Wohnungsbau zu finanzieren. „Da muss ein Investor schon ein sehr hohes Engagement zeigen, um sich darauf einzulassen“, monierten die Caritas-Verantwortlichen.

Angesichts der Baukostensteigerungen der letzten Jahre seien die Fördersätze längst nicht mehr zeitgemäß – zudem würden Darlehen erst mit erheblicher Verzögerung ausgezahlt. „Sozialer Wohnungsbau kann so nicht funktionieren“, sagte Frank Polixa. Auch die Refinanzierung von Kosten im Servicewohnen sei seit 20 Jahren nicht erhöht worden. Dabei trage die Betreuung dazu bei, älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Polixa: „Ein Platz im Altenheim kostet ungleich mehr.“

Jochen Klenner konnte die Kritik nachvollziehen. „Solche Angebote wie das der Lebenskirche sollten auf jeden Fall gefördert werden, und hierbei muss dann natürlich auch das Thema ‚Service‘ mitgedacht werden“, sagte er. ◀



Gegenwind aus NRW

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) bekommt Gegenwind aus Nordrhein-Westfalen für seine Pläne zu einer Krankenhausreform. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sowie die kirchlichen Krankenhausträger an Rhein und Ruhr warnten vor den Folgen der Reform insbesondere für die ländliche Bevölkerung.

Eine Reißbrett-Krankenhausplanung, die mit der Brechstange an gewachsene Strukturen geht, wird weder bei den Ländern noch bei den Bürgerinnen und Bürgern Zustimmung finden“, sagte Laumann. Auswirkungen auf die bestehende Krankenhauslandschaft müssten genau abgeschätzt werden. Laumann pochte erneut darauf, dass die Krankenhausplanung Ländersache bleibt: Die Länder brauchten bei der Krankenhausplanung Befreiheit – die Pläne der Expertenkommission würden solche Handlungsspielräume nahezu ausschließen.

Würden die Pläne der Regierungskommission umgesetzt, werde das zu einer enormen Umgestaltung der Krankenhauslandschaft führen, betonte die Deutsche Krankenhausgesellschaft. So würde etwa die Hälfte der Entbindungsstationen verschwinden. Die von Lauterbach eingesetzte Kommission hatte unter anderem eine stärkere Spezialisierung der Kliniken vorgeschlagen.

Rigoreuse Einschnitte für Patienten in Nordrhein-Westfalen sind auch nach einer ersten datengestützten Auswirkungsanalyse im Auftrag der Krankenhausgesellschaft NW zu befürchten. Wichtige medizinische Leistungen müssten bei konsequenter Anwendung des Reformkonzepts auf nur noch 36 Krankenhäuser im Rheinland und in Westfalen-Lippe konzentriert werden. Das bedeute, dass der überwiegende Teil der 337 NRW-Krankenhäuser von elementaren Teilen der Versorgung ausgeschlossen würde.

Nach den Reformvorschlägen des Bundes sollten Krankenhäuser in drei Level eingeordnet und entsprechend gefördert werden. So soll es Kliniken zur Grundversorgung geben, zum Beispiel für grundlegende chirurgische Eingriffe und Notfälle. Andere Häuser sollen sich um die Regel- und Schwerpunktversorgung kümmern, andere um die Spezialversorgung. Kritisch zu den Reformvorschlägen äußerten sich auch die kirchlichen Krankenhausträger in NRW. Das Kon-

zept würde deutlich weitere Fahrwege für die ländliche Bevölkerung bedeuten, erklärten Vertreter von Caritas und Diakonie in Nordrhein-Westfalen. Auch würden dann weniger Ausbildungsplätze in Gesundheit und Pflege angeboten. Mehr als 90 Prozent der rund 200 konfessionellen Krankenhäuser in NRW würden laut Caritas und Diakonie demnach in der untersten Stufe der Grundversorgung landen. Diese Kliniken dürften dann zukünftig nur noch eine Basisbehandlung und vielleicht eine Notfallversorgung erbringen – aber keine Geburten, keine Schlaganfallversorgung, keine Versorgung von Herzinfarktpatienten und keine Unfallchirurgie, erklärte Christian Heine-Göttelmann, Vorstand des Diakonischen Werkes Rheinland-Westfalen-Lippe. Esther van Bebber, Vorstandsvorsitzende des Diözesan-Caritasverbandes Paderborn, erklärte, die Reform dürfe die Vielfalt aus kommunalen, kirchlichen und privaten Krankenhausträgern nicht gefährden. Dabei sichern die konfessionellen Krankenhäuser seit Jahrzehnten die flächendeckende Gesundheitsversorgung in NRW. Caritas und Diakonie betonten, dass auch die Pflegeausbildung dann an den freigemeinnützigen Häusern kaum noch stattfinden. Die Reduzierung von Ausbildungsangeboten habe Auswirkungen auf die ambulante und stationäre Altenpflege und konterkarriere die erst vor wenigen Jahren eingeführte generalistische Pflegeausbildung.

Viele konfessionelle Krankenhäuser hätten sich in der Vergangenheit zu Verbänden zusammengeschlossen, um die Bevölkerung in der Fläche bedarfsgerecht zu versorgen. Solche Verbundstrukturen dürften nicht zerschlagen werden, warnte Heine-Göttelmann. Wenn bundesweit mehr als 600 Klinikstandorte schließen, reduziert die Reform die Trägervielfalt, verknappt die Ausbildungsmöglichkeiten, lenkt Patientenströme massiv um und zwingt Pflegepersonal, längere Strecken zu pendeln. ◀

CHRISTOPH ARENS (KNA)/ML

Landesregierung muss handeln

Jetzt ist die NRW-Landesregierung am Zug, die Koalitionsvereinbarung einzuhalten und notwendige Klimaschutzinvestitionen für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege zu ermöglichen. Denn diese werden, wie es darin geschrieben steht, „bisher beim Klimaschutz zu wenig beachtet“.

Längst haben die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen die Herausforderung angenommen, in ihren Einrichtungen des Gesundheitswesens die Emission von Treibhausgasen zu senken. Schließlich drängt die Zeit. Doch sobald es um die energetische Sanierung von Altenheimen und Einrichtungen der Behindertenhilfe geht, werden sie von Refinanzierungsbedingungen und Planungsaufgaben ausgebremst. Enge Finanzrahmen und Hürden im Genehmigungsverfahren verzögern und verhindern momentan noch die sinnvollen Maßnahmen für den Klimaschutz.

Ohne Zweifel liegen große Einsparpotenziale in der energetischen Sanierung der Gebäude. Der CO₂-Fußabdruck kann allein durch Verhaltensänderungen von Personal und Bewohnern nicht durchschlagend genug verringert werden. Umso frustrierender, dass Förderprogramme von Bund und Ländern bei Sozi-

alimmobilien oft ins Leere laufen, da die anteilige Eigenfinanzierung nicht aus dem Betrieb erwirtschaftet werden kann bzw. darf. Es ist fatal, wenn Träger dadurch auf klimafreundliche Modernisierungen verzichten.

Rund acht Tonnen CO₂ pro Person pro Jahr verursacht ein stationärer Pflegeplatz im Durchschnitt. Etwa 169 000 Menschen in NRW werden in Einrichtungen vollstationär betreut. Zum Vergleich: Zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens müssten alle Einrichtungen ihre Emissionen bis zum Jahr 2050 auf maximal eine Tonne pro Platz reduzieren. Der Klimawandel wartet das nicht ab. ↻

FRANK J. HENSEL, SPRECHER DER DIÖZESAN-CARITASDIREKTOREN NRW

✉ frank.hensel@caritasnet.de



LEIHARBEIT IN DER PFLEGE

Der Gesetzgeber sollte einschreiten

Träger von Altenpflegeeinrichtungen und Kliniken in NRW fordern drastische Einschränkungen für Zeitarbeitsfirmen in ihrer Branche. Dr. Frank J. Hensel, Sprecher der Diözesan-Caritasverbände in NRW, betonte, eigentlich sei Zeitarbeit als Lückenbüßer gedacht, etwa um hohe Krankenstände auszugleichen. Wegen des Fachkräftemangels sei sie heute aber keine Ausnahme mehr: „Etwa in der Hälfte aller Einrichtungen der Alten- und Gesundheitspflege ist Leiharbeit an der Tagesordnung.“

Ein Problem dabei: Die Leute der Zeitarbeitsfirmen könnten eigene Vorgaben für ihre Einsatzzeiten machen. So würden die Stammebelegschaften umso mehr belastet. Zugleich verdienten die geliehenen Kräfte meist mehr als die Festangestellten.

Auch die Unternehmen schöpfen noch Gewinn ab, insgesamt sind Zeitarbeitskräfte also für die Einrichtungen enorm teuer: „Arbeitgeber zahlen für die Leiharbeit etwa das Doppelte wie für Festangestellte, manchmal mehr plus noch Vermittlungsprämien.“ Diese Mehrkosten werden, an-

ders als die normalen Sätze der Festangestellten, nicht durch die Krankenkassen aufgefangen. Hensels Fazit: Der Gesetzgeber solle einschreiten. „In einem reglementierten Berufsfeld der Daseinsvorsorge regelt das nicht der freie Markt.“

Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ist die Leiharbeit bundesweit zwischen 2017 und 2022 um etwa 20 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum gab es in der Pflege in NRW einen Anstieg um 80 Prozent.

Verbot oder stärkere Regulierung

Mitte Februar hatte auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft eine entschiedene Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege gefordert. „Leiharbeit im Krankenhaus entwickelt sich von der Ausnahme zum Regelfall“, erklärte der Vorstandsvorsitzende Gerald Gaß. Die Belegschaften würden durch Leiharbeit mehr und mehr gespalten. Leasingkräfte könnten nur zu bestimmten Wunschsichten eingesetzt werden. Der Stammebelegschaft blieben unbeliebte Zei-

ten wie Wochenenden, Feiertage oder Nachtschichten. Deshalb wanderten immer mehr Beschäftigte in die Leiharbeit ab, sodass sich eine Spirale entwickle, deren Ende ohne Eingriffe nicht absehbar sei.

Umfrage unter Krankenhäusern

Eine Blitzumfrage unter Krankenhäusern hat ergeben, dass die Krankenhäuser in Deutschland sich mit großer Mehrheit für ein Verbot (40%) oder für eine stärkere Regulierung der Leiharbeit (50%) aussprechen, vor allem für Ärzte und Pflege. Hauptgründe sind hohe und nicht refinanzierte Mehrkosten für die Leiharbeit, eine schlechtere Versorgungsqualität durch Leiharbeitskräfte und teilweise eine mangelnde Zuverlässigkeit von Leiharbeitsagenturen. Die Umfrage wurde im Krankenhaus-Pool des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), einem Online-Tool für Blitzumfragen zu tagesaktuellen Themen, durchgeführt. An der Repräsentativbefragung beteiligten sich bundesweit 319 Krankenhäuser ab 50 Betten. ↻

Kitas am Limit

Die Personalsituation in nordrhein-westfälischen Kitas bleibt weiterhin sehr angespannt. Fast alle Träger berichten über hohe und längere Krankenstände, die den herrschenden Fachkräftemangel verschärfen. Zwar hatte das NRW-Familienministerium im Februar ein Sofortprogramm aufgelegt, doch ist unklar, wann die Maßnahmen wirken. Was darüber hinaus nötig wäre, ist hingegen offensichtlich.

Uns erreichen fast täglich Meldungen zu Schließungen von Gruppen oder gar ganzen Einrichtungen“, sagt Aachens Diözesan-Caritasdirektor Stephan Jentgens. Um trotz des Personalausfalls eine Betreuung zu gewährleisten, versuchen viele Einrichtungen, mit einer Mindestbesetzung die tatsächlich anwesenden Kinder zu betreuen. „Wir sehen flexibles und engagiertes Personal, das Überstunden macht, Urlaube verschiebt und Fortbildungen ausfallen lässt“, so Jentgens. Dienstpläne würden häufig kurzfristig umgestaltet, Personal und Leitung seien ständig gefordert, das auch praktisch umzusetzen und geplante Aktivitäten zu verschieben oder gar zu verwerfen. „Leider bedeutet das auch für die Leitung, ihre inhaltliche Arbeit - beispielsweise die qualitative Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit der Einrichtung, die Anleitung und Einarbeitung von Mitarbeitenden - auf ein Minimum zu reduzieren“, so Jentgens.

Der Diözesan-Caritasdirektor würdigte, dass viele Eltern die Not der Einrichtungen

erkennen und die gebuchten Betreuungsstunden nicht einfordern, sondern Kompromisse eingehen, also Kinder zu Hause halten, früher abholen oder nur tageweise bringen. Es seien die Kinder, die die Unregelmäßigkeit in der Betreuung (durch Personalwechsel, Gruppenzusammenlegungen, verkürzte Zeiten) aushalten müssten, so Jentgens.

Durch die Kraftanstrengungen von Mitarbeitenden, Leitungen, Eltern und Trägern werde die reale Dimension des Personalmangels allerdings verschleiert. „Hinzu kommen neben den Auswirkungen der Coronapandemie die zusätzlichen Erholungstage aus den letzten Tarifverhandlungen, die sich massiv auf den Personalschlüssel auswirken“, betonte Jentgens. Im Jahr 2022 sei es den Mitarbeitenden kaum möglich gewesen, die Erholungstage zu nehmen. Somit verstärkte sich die Problematik in diesem Jahr, da nun der Anspruch auf vier Tage bestehe.

Sofortprogramm Kitas

Das von Familienministerin Josefine Paul (Grüne) aufgelegte Sofortprogramm sieht vor, den Einsatz von Ergänzungskräften auszuweiten. Zudem sollen junge Menschen für ein Freiwilliges Soziales Jahres (FSJ) in einer Kita gewonnen werden. Auch werde die Ausbildung zum Kinderpfleger oder zur Kinderpflegerin weitergeführt und gefördert.

„Mit dem ‚Sofortprogramm Kita‘ ergreifen wir kurzfristig erste notwendige Maßnahmen in dieser akuten Situation“, erklärte die Familienministerin. Es handele sich um einen ersten Schritt, dem weitere Maßnahmen folgen müssten. Mit dem Ausbildungsjahr 2023 ab 1. August können laut Ministerium bis zu 900 Ausbildungsplätze in der Kindertagesbetreuung neu gefördert werden. Zusammen mit der im Vorjahr begonnenen Förderung von rund 500 Plätzen würden 2023/24 bis zu 1400 Ausbildungs-



Stephan Jentgens ist Diözesan-Caritasdirektor für das Bistum Aachen. Er leitet auch den Ausschuss Tageseinrichtungen für Kinder der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege NRW.

Foto: Frank Kind

plätze unterstützt. Dafür stünden mehr als 20 Millionen Euro bereit. Ziel sei auch, den Quereinstieg zu erleichtern und unterschiedliche Zielgruppen für die Kita-Betreuung zu gewinnen - etwa Studierende aus pädagogischen Fachrichtungen oder Psychologen. Frauen mit eigener Einwanderungsgeschichte sollten als Integrationsbegleiterinnen einen Einstieg ins Berufsfeld bekommen.

„Das Sofortprogramm der Landesregierung beinhaltet Maßnahmen, die mindestens dringend nötig sind“, sagte Jentgens, der als Vorsitzender des Arbeitsausschusses Tageseinrichtungen für Kinder das Programm mitverhandelt hatte. Es bleibe zu hoffen, dass die Maßnahmen dem Personalmangel kurzfristig entgegenwirkten, doch seien weitergehende Maßnahmen, die auch die Grundlogiken des Fachkräftemangels reflektierten, zeitnah notwendig.

So müssten multiprofessionelle Teams in die Lage versetzt werden, die Qualitätsstandards insgesamt einhalten zu können. Da durchschnittlich 20 Prozent der Mitarbeitenden in den Kita-Gruppen krankheits-, urlaubs-, vorbereitungs- oder fortbildungsbedingt abwesend seien, „benötigten wir eigentlich entsprechend mehr refinanziertes Personal“, forderte Jentgens. Darüber hinaus müsse die Finanzierung der Kitas auskömmlich gestaltet werden. Ⓢ

M. LAHRMANN (MIT KNA)

Grundproblem Personalmangel

Die Differenz zwischen Betreuungsbedarf und Betreuungsquote verdeutlicht den Personalmangel in den Kitas. Im U3-Bereich liegt diese Differenz bei 14,7 Prozentpunkten zwischen Betreuungsbedarf (44,3 %) und Betreuungsquote (29,6 %). Für den Ü3-Bereich bis zur Einschulung liegt die Differenz bei 4,3%. Bundesweit fehlen im Jahr 2023 384000 Kita-Plätze. 98600 Fachkräfte müssten in deutschen Kitas zusätzlich eingestellt werden. 4,3 Milliarden Euro würden die zusätzlichen Erzieher pro Jahr kosten. Ⓢ

Fusion angestrebt

Zwei große katholische Krankenhaussträger im Ruhrgebiet arbeiten künftig unter einem Dach. Aus der Sankt Augustinus Gelsenkirchen GmbH und dem Katholischen Klinikum Ruhrgebiet Nord (KKRN) werden die Katholischen Einrichtungen Ruhrgebiet Nord (KERN). Die Zusammenlegung betrifft rund 7500 Mitarbeitende an 30 Standorten, wie es auf der Internetseite des KKRN heißt. Aktuell stünden noch abschließende kartellrechtliche Prüfungen an, heißt es in der Stellungnahme. Nach Abschluss der Fusion wäre KERN einer der größten Arbeitgeber im Bereich Medizin, Pflege und Pädagogik in der Region. 

Kammer-Präsidentin

Die Pflegewissenschaftlerin Sandra Postel leitet künftig die neu errichtete nordrhein-westfälische Pflegekammer. Zum Vizepräsidenten wurde Jens Albrecht gewählt. Die Landespflegekammer als Interessenvertretung der rund 200000

Pflegekräfte im Land hat im Dezember nach zweijähriger Vorbereitungszeit ihre Arbeit aufgenommen. Postel und Albrecht gehörten zuvor dem Vorstand des Errichtungsausschusses an. 

AVR Caritas frei zugänglich

Die AVR Caritas, die „Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes“, sind ab sofort online frei zugänglich. Sie gelten für die fast 700000 Caritas-Mitarbeitenden bundesweit und bestimmen verbindlich deren Arbeitsbedingungen. Träger und Einrichtungen der Caritas erhalten bei den Diözesan-Caritasverbänden und caritativen Fachverbänden fachlichen Rat und Unterstützung bei der Rechtsanwendung und -auslegung der AVR. Mitarbeitende können sich mit ihren Anliegen an ihre Mitarbeitervertretung wenden. „Die Mitarbeitenden sollen die Möglichkeit des Mitarbeitervertretungsrechts nutzen, ihre Rechte und Interessen, ihre Anliegen und Sorgen in der

vorgesehenen Weise zur Geltung zu bringen“ (Abschnitt IX, 5., Satz 6 der Bischöflichen Erläuterungen zum kirchlichen Dienst). 

 www.avr-caritas.de

Pflegeeinrichtungen von Insolvenz bedroht

Viele Pflegeeinrichtungen sind nach Darstellung des Verbands katholischer Altenhilfe in Deutschland in ihrer Existenz bedroht. VKAD-Geschäftsführer Wedeking sagte, viele Betreiber könnten die deutlich gestiegenen Kosten nicht einfach durch Preiserhöhungen auffangen, sondern müssten mit Pflegekassen und Sozialhilfeträgern die Pflegesätze aushandeln. Neben höheren Personal- und Energiekosten spielten auch die teuren Infektionsschutzmaßnahmen eine Rolle. Die Pflegesätze würden aber nur mit erheblicher Verzögerung steigen und liefen dem realen Kostenanstieg hinterher. Wedeking sagte, es gebe Gefahrenanzeigen für Insolvenzen von manchen Betreibern. 

SEXUELLER MISSBRAUCH BEI DER CARITAS

Schritte zur Aufarbeitung

Die Caritas im Bistum Münster hat Handlungsempfehlungen zur Aufarbeitung von (sexualisierter) Gewalt an Minderjährigen und erwachsenen Schutzbefohlenen erstellt. So soll es beispielsweise in jeder Einrichtung eine Ansprechperson für mögliche Betroffene oder Zeitzeugen geben und Hinweise auf den Internetseiten zu Kontakt- und Hilfsmöglichkeiten.

Es gehe um die „Anerkennung des Leids der Betroffenen, die Auseinandersetzung mit der „Geschichte“ der Caritas-Einrichtungen und darum, Missbrauchsursachen schneller zu erkennen, sagt Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz. Die Caritas strebe eine flächendeckende Aufarbeitung an. Der Diözesanverband werde sie koordinieren, evaluieren und örtliche Verbände beraten. „Es ist wichtig, dass Menschen, die in Einrichtungen von Caritasverbänden Opfer von sexualisierter Gewalt waren, angehört und dabei unterstützt werden, ihre Erlebnisse soweit möglich aufzuarbeiten“, unterstrich Hopfenzitz.

„Als Caritas sind wir uns unserer Verantwortung für die uns anvertrauten Men-

schen bewusst. Wir arbeiten weiterhin intensiv an einer Kultur der Achtsamkeit und daran, allen Formen von Gewalt, insbesondere sexualisierter Gewalt, vorzubeugen“, sagte Claudia Soggeberg. Die Vorständin des Caritasverbandes für das Dekanat Bocholt war Teil der Arbeitsgruppe zur Erstellung der Handlungsempfehlungen. „Hinweisen auf Vorfälle muss konsequent nachgegangen und Verdachtsfälle müssen aufgeklärt werden“, betonte Soggeberg. Durch die langjährige Etablierung von institutionellen Schutzkonzepten, die Schulung von Leitungskräften und Mitarbeitenden und die Benennung von Präventionsfachkräften seien bereits wichtige und umfangreiche Schritte gegangen worden. 

Immer mehr Menschen wachsen Schulden über den Kopf

Die stark gestiegenen Verbraucherpreise machen sich nicht nur im schmaleren Geldbeutel der Menschen in Deutschland bemerkbar. Die hohe Inflation führt auch zu einem deutlichen Anstieg des Bedarfs nach Schuldnerberatung.

Im Vergleich zum Jahresbeginn 2022 berichten 65 Prozent der gemeinnützigen Beratungsstellen in einer Umfrage von mehr Anfragen. Die Beratungsstellen müssen verstärkt bei Energie- und Mietschulden, bei der Pfändung von Staatshilfen oder bei der Budgetberatung unterstützen.

Für die Umfrage hat die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) im November und Dezember 2022 etwa 1400 Beratungsstellen zur Nachfrage-Entwicklung sowie zum Profil und zu den Anliegen der Klientinnen und Klienten befragt. In der AG SBV sind die Anbieter der sozialen Schuldnerberatung organisiert. Wie schon in den beiden vorherigen Umfragen stieg die Nachfrage nach Beratung weiter deutlich an. In 16 Prozent der Beratungsstellen war die Nachfrage um mehr als 30 Prozent höher als noch zehn Monate zuvor.

Wartelisten werden länger

„Die wirtschaftliche Not vieler Menschen und damit der Bedarf nach Unterstützung

und Beratung wachsen kontinuierlich. Die Pandemie hatte bereits diesen Effekt, nun sind es die steigenden Preise, die die Haushalte in finanzielle Schwierigkeiten treiben“, erklärt Roman Schlag, Referent für Schuldnerberatung für die Caritas in Aachen und Sprecher der AG SBV. „Klar ist aber: Die explodierende Nachfrage bringt unsere Beratungsstellen ans Limit. Die Wartelisten für Termine werden immer länger, und Warten ist bei Geldproblemen nie eine gute Sache.“

Energieschulden immer häufiger

In knapp der Hälfte (48 Prozent) der befragten Beratungsstellen kommen „Energieschulden“ als Beratungsgrund häufiger vor als in der Vorperiode, in 42 Prozent der Beratungsstellen ist „Budgetberatung“ mehr gefragt. „Hinter Budgetberatung verbirgt sich die Frage: Wie komme ich klar mit dem Geld, das ich zum Leben habe?“, erläutert Maike Cohrs, Schuldnerberaterin der Diakonie in Köln. „Es sind grundlegende Existenzfragen, die unsere Klientinnen und Klienten umtreiben – da geht es darum, ob die Wohnung im Winter überhaupt geheizt wird oder ob Essen auf den Tisch kommt.“

Die Beratungsstellen berichten auch von einer zunehmenden Nutzung von Tafeln und Sozialläden durch ihre Klientinnen und Klienten. Auch auffällig: In 45 Prozent der Beratungsstellen waren unter den Ratsuchenden mehr Erwerbstätige als in der vorigen Umfrage. „Geldnöte bis hin zu Schulden sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, sagt Maike Cohrs. „Wir stellen seit einigen Jahren fest, dass die Aufnahme von Schulden in bestimmten Gruppen gesellschaftlich immer stärker akzeptiert und wirtschaftlich gewollt ist – sei es bei der Finanzierung des Autos, der Wohnungseinrichtung oder des Smartphones“, so die Schuldnerberaterin weiter. „Das liegt nicht zuletzt an den niedrigen Zinsen in der Vergangenheit.“



Ratenkredite und Angebote des „Buy now – pay later“, die insbesondere seit der Pandemie durch Online-Händler intensiv beworben werden, führen dazu, dass junge Erwachsene bereits in frühen Jahren Zahlungsverpflichtungen eingehen, die sie später in die Schuldenfalle führen können – etwa wenn Unvorhergesehenes passiert wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit. „Aus vorhersehbar kontrollierter Verschuldung wird schnell Überschuldung, insbesondere bei Menschen mit geringem Einkommen“, erläutert Roman Schlag.

Recht auf unentgeltliche Schuldnerberatung für alle

Die Akteure der Sozialen Schuldnerberatung fordern schon seit mehreren Jahren ein Recht auf unentgeltliche Schuldnerberatung für alle. „Gerade in Krisensituationen ist es besonders wichtig, dass alle Menschen, die Rat brauchen, einen offenen Zugang zur Schuldnerberatung haben“, so Ines Moers, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung. „Dieses Recht kann nur eingelöst werden, wenn es genug Beratungsstellen und Beratungskräfte gibt und alles auskömmlich finanziert ist“, so Ines Moers weiter. „Gute und kostenfreie Beratung ist ein entscheidendes Element, wenn es darum geht, Teufelskreise aus nicht beglichenen Forderungen, Scham und Überforderung zu brechen.“

In der Arbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatungsstellen der Verbände (AG SBV) haben sich die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Verbraucherzentrale Bundesverband und die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung mit insgesamt 1400 Beratungsstellen zusammengeschlossen. An der dritten Befragungswelle zwischen dem 11. November und dem 27. Dezember 2022 beteiligten sich 460 Beratungsstellen. ◀

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Franziska Ruffair

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH,

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

anzeigen@bonifatius.de

ISSN 1611-3527